Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— , für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3894. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 107. [48. Jahrgang.] **Sonnabend den 8. Mai 1909.** **[48. Jahrgang.] Nr. 107.**

Berlin, den 7. Mai.

Politischer Tagesbericht.

Unter den preußischen Zollaufsehern hat seit längerer Zeit, namentlich unter dem Einfluß der Fachpresse durch Verbreitung irriger Anschauungen und unwahrer Gerüchte, Unzufriedenheit und Mißstimmung in ebenso hohem wie unberechtigtem Umfange Platz gegriffen. Der Finanzminister hat sich daher veranlaßt gesehen, in einer Rundverfügung an die Präsidenten der sämtlichen Oberzolldirektionen die Beamten der preußischen Zollverwaltung zur Besonnenheit zu mahnen und ein energisches Einschreiten gegen alle Beamten in Aussicht zu stellen, die es bei der Verfolgung ihrer Standesinteressen, namentlich in den Fachblättern, an der nötigen Mäßigung fehlen lassen sollten. Zugleich hat der Finanzminister Gelegenheit genommen, der unter den Zollaufsehern weit verbreiteten Auffassung, als sollten diese Beamten durch die neue Besoldungsordnung in ihrem bisherigen Range eine Degradierung erleiden, mit dem Hinweise darauf entgegenzutreten, daß die Besoldungsordnung selbstverständlich lediglich die Besoldungsverhältnisse der Beamten zu regeln bestimmt sei, dagegen die Rangverhältnisse der Beamten in jeder Beziehung unberührt lasse.

Das in Zollaufseherkreisen neuerdings umgehende Gerücht, daß die Regierung beabsichtige, die Aufrückungsverhältnisse der Zollaufseher oder der sonst aus den Militäranwärtern hervorgegangenen Beamten der preußischen Zollverwaltung durch Einstellung einer besonderen, aus den Einjährig-Freiwilligen hervorgehenden Klasse von Zivilanwärtern zu verschlechtern, verweist der Minister in das Reich der Erfindung.

Rundschau im Auslande.

Zum Besuch Sr. Majestät des Kaisers in Wien.

Aus Wien wird berichtet: Die „Times" hat ein Wiener Telegramm veröffentlicht, in welchem behauptet wird, daß in den Bestimmungen bezüglich des Besuches Sr. Majestät Kaiser Wilhelms in Wien ein plötzlicher Wechsel eingetreten sei, der seinen Grund in der angeblichen Besorgnis des Deutschen Kaisers hätte, daß der „ruhige" Empfang, der ursprünglich geplant gewesen sei, die Wichtigkeit des Dienstes, den Deutschland während der Balkankrisis Oesterreich-Ungarn erwies, nicht genügend zum Ausdruck gebracht haben würde.

Die Politische Korrespondenz wird von zuständiger Seite ermächtigt zu erklären, daß diese offenkundig tendenziöse Nachricht eine krasse Entstellung der wirklichen Vorgänge ist, da gerade Kaiser Wilhelm nach der an ihn seitens Sr. Majestät des Kaisers ergangenen Einladung zu einem Besuche Schönbrunn als Ort der Begegnung in Aussicht genommen hat und erst infolge ausdrücklichen Wunsches Sr. Majestät die Reichshaupt- und Residenzstadt zum Schauplatz der Zusammenkunft der beiden Monarchen gewählt worden ist.

Botschafter Graf Bernstorff in Milwaukee.

Botschafter Graf Bernstorff, der am 6. d. von Chicago in Milwaukee eintraf, wohnte am Abend einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett der Citizens Business League bei und hielt eine Ansprache, in der er zunächst seiner Freude darüber Ausdruck gab, Gast derjenigen amerikanischen Stadt zu sein, die den größten Prozentsatz von Bürgern deutschen Ursprungs aufweise. Nachdem er sodann betont hatte, daß er die ihm bereiteten Ehren lediglich als Ausdruck der Freundschaft für eine Nation ansehe, die stets in den besten Beziehungen zu dem amerikanischen Volk gestanden habe, zeigte er, wie falsch die Behauptung sei, daß Deutschland, seit es aus dem politischen Schlaf aufgewacht, seine alten ehrlichen Ideale beiseite gelegt habe.

Der beste Beweis dafür, daß der Idealismus noch immer der vornehmste Zug der deutschen Volksseele und der Gerechtigkeitssinn das beherrschende Motiv des deutschen Volkes sei, sei die von Kaiser Wilhelm I. und von Fürsten Bismarck eingeleitete, unter der Regierung des jetzigen Kaisers stetig weiter entwickelte Sozialpolitik. Der Botschafter schilderte in großen Zügen den Einfluß der Arbeiterversicherungsgesetze auf die deutschen Kommunalverwaltungen. Die Städte seien an der Sozialpolitik beteiligt, teils als ausführende Verwaltungsorgane der drei Versicherungszweige, teils als verantwortliche Träger der Krankenversicherung, teils als Arbeitgeber. Und da die Versicherung nur dem wirklichen Arbeiter zu gute komme, suchten die Städte durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen und durch Voranahme von Notstandsarbeiten den Arbeitern eine andauernde Beschäftigung zu sichern. Auch die Frage der Arbeitslosenversicherung sei bereits in Angriff genommen, ebenso die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch mittelbaren oder unmittelbaren Bau geeigneter billiger Wohnungen und durch die Einrichtung von Wohnungsinspektionen und nicht minder die Weiterbildung der Arbeiterbevölkerung durch obligatorische Fortbildungsschulen, Volksbibliotheken, Lesehallen, Haushaltungsschulen usw. Diese Aufgaben seien vielfach in die Hände besonderer sozialer Kommissionen gelegt. Dieser flüchtige Blick, so schloß der Botschafter, werde zeigen, wie unter dem Einfluß der Arbeiterversicherung eine neue Tätigkeit der Städte zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen sich entfaltet habe, die übrigens wieder die Grundlage für die fortschreitende Gesetzgebung der Bundesstaaten und des Reiches bilde und sicherlich beweise, daß der Idealismus noch eine sehr wirksame Kraft im staatlichen Leben Deutschlands sei, daß das deutsche Volk ein lebhaftes Gefühl für seine soziale Verantwortlichkeit habe und die Umrichtung der schwächeren Klassen in ihrem Kampf ums Dasein sowie ihre soziale, sittliche und geistige Hebung als eine heilige Pflicht betrachte.

Zur Lage in der Türkei.

Vom neuen Kabinett.

Konstantinopel, 6. Mai. Die Chefs der diplomatischen Missionen haben heute nachmittag dem Großwesir Hilmi Pascha zu seiner Ernennung gratuliert. Das neue Kabinett wird von diplomatischer Seite sehr günstig beurteilt. Man hofft, daß das neue Kabinett der schwierigen Situation Herr werden wird. Der zum Justizminister ernannte Botschafter in Rom Hakki Bey, der die Uebernahme des Portefeuilles bisher abgelehnt hat, nahm auf erneutes Drängen des Großwesirs den Posten an.

Rücksichtnahme auf die Altürken.

Konstantinopel, 6. Mai. Eine offizielle Ankündigung des Polizeiministers besagt, daß türkische Frauen auf der Straße tief verschleiert gehen und keine gegen die Moral verstoßende Kleidung tragen sollen. Der Zweck dieser und anderer Verfügungen ist zweifellos der, auf die Stimmung der altürkischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die von der letzten Umwälzung eine Verletzung der Religion und der Sitte befürchtet und ihr andauernd feindlich gesinnt ist.

Aus den türkischen Provinzen.

Konstantinopel, 6. Mai. Der Großwesir Hilmi Pascha sandte an die Wilajets eine Zirkulardepesche, in welcher er seine Ernennung mitteilt und eine rasche Herstellung der Ruhe und Ordnung fordert.

Die Führer des Militäraufstandes in Erzerum werden hierher gebracht, um sich vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten.

Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel vom 6. d. M., die Lage in Anatolien sei außerordentlich besorgniserregend. Die Unruhen, an denen die Behörden mitschuldig seien, nähmen größere Ausdehnung an, und die Truppen seien ohne Mannzucht. Es verlaute, daß furchtbare Ausschreitungen vorgekommen seien.

Messina, 7. Mai. Im Messina ist alles ruhig. S. M. S. Lübeck hat Befehl erhalten, nach Messina zu gehen, damit der kleine Kreuzer Hamburg nach einer Rundreise an der syrischen Küste in Port Said Kohlen und Proviant ergänzen kann.

Sonstige Meldungen.

Konstantinopel, 6. Mai. Kiamil Pascha liegt schwer krank danieder.

Bei den Portiers und Hauswächtern von Pera fanden heute Haussuchungen statt, wobei zahlreiche Waffen, angeblich auch Bomben gefunden wurden.

Wie verlautet, hat der Sekretär des früheren Sultans Djevad vor dem Kriegsgericht zugegeben, daß die Unruhen in den Provinzen auf die Initiative von Abdul Hamid zurückzuführen seien.

Die Manöver der englischen Heimatflotte.

Gegenüber der Meldung, daß die Anordnungen über die im Mai stattfindenden Bewegungen der englischen Heimatflotte abgeändert worden seien, und diese Aenderungen Bezug hätten auf die taktischen Manöver der deutschen Schlachtflotte, ist das Reutersche Bureau in London amtlich benachrichtigt worden, daß die für die Heimatflotte ausgegebenen Ordres sich in den herkömmlichen Bahnen bewegen. Die Annahme eines Zusammenhangs dieser Bewegungen mit denen der deutschen Flotte entbehrt jeder Begründung.

Die neue Pariser Streikbewegung.

Paris, 6. Mai. Eine Abordnung der Postbeamten unter Führung des Sekretärs des Syndikats der Telegraphenarbeiter Pauron begab sich heute in das Ministerium des Innern, trat aber Clemenceau, der leidend ist, nicht an. Die Delegation wurde nicht empfangen. Pauron wurde vom Amte suspendiert, weil er heute früh nicht zum Dienst angetreten war.

In einer heute abgehaltenen geheimen Versammlung beschlossen die Post- und Telegraphenbeamten, ihre Vereinigung in ein Syndikat umzuwandeln.

Die Eisenbahn-Postschaffner sind im Prinzip für einen neuen Generalstreik der Postbeamten.

Paris, 7. Mai. Die Beamten des Haupttelegraphenamtes haben sich in einer gestern nacht abgehaltenen Versammlung im Prinzip ebenfalls für den Generalstreik erklärt und überlassen es dem Verbandsausschuß, den Zeitpunkt für die Erklärung des Streiks festzusetzen.

Paris, 7. Mai. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung, in der gegen 600 Post- und Telegraphenbeamte sowie zahlreiche Telephonistinnen ihren Beitritt zu dem neugebildeten Syndikat anmeldeten, wurde ein Antrag angenommen, in dem erklärt wird, daß sie in dem Streik das einzige Mittel zur Erlangung ihrer Rechte erblicken.

Dem Matin zufolge hat sich Ministerpräsident Clemenceau an den Verein der Brieftaubenzüchter gewendet und ihn ersucht, sich für den Fall eines Streiks der Postbeamten bereit zu halten. Der Präsident des Vereins der ungefähr 165 000 Brieftauben besitzt, hat der Regierung seine Unterstützung bereitwilligst zugesagt.

Unterstaatssekretär Simyan erklärte einem Berichterstatter des Eclair, daß die Regierung das neugebildete Syndikat der Postbeamten niemals anerkennen und mit ihm niemals in Verbindung treten werde.

Ein Vertreter der Streckenarbeiter der Telegraphenverwaltung erschien gestern in einer Konferenz der Eisenbahnarbeiter und sprach die Hoffnung aus, daß im Falle des Ausstandes die gesamten Arbeitskräfte, namentlich die Eisenbahner ihre Pflicht erfüllen. Die Worte wurden von den Eisenbahnern mit stürmischem Beifall und den Zurufen aufgenommen: Wir halten alle mit Euch fest zusammen. Sodann nahm der Kongreß einen in diesem Sinne abgefaßten Antrag einstimmig an.

Zur ungarischen Krisis.

Die Wiener Neue Freie Presse meldet aus Budapest: Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Justh hatte eine Audienz bei dem König, die 35 Minuten dauerte. Nach der Audienz äußerte sich v. Justh folgendermaßen: Der König hat mich sehr gnädig empfangen und aufgefordert, meine Ansicht über die Möglichkeiten der Entwirrung der gegenwärtigen Krise darzulegen. Der Monarch hörte meinen Vortrag sehr aufmerksam an. Als ich damit schloß, daß die Errichtung der selbständigen Bank schon deshalb unbedingt notwendig sei, weil die große Mehrheit des Landes an der Bankfrage unbedingt festhalte, unterbrach mich der Monarch mit dem Bemerken, es gibt in Ungarn viele, welche die Errichtung der selbständigen Bank als gefährlich betrachten. Im übrigen habe ich in meiner Audienz die feste Ueberzeugung gewonnen, daß der König in der Bankfrage noch nicht Stellung genommen hat. Ich habe einen günstigen Eindruck von der Situation davongetragen, anderseits glaube ich jedoch, daß die Entscheidung in der nächsten Zeit nicht erfolgen wird, man muß sich auf eine lange Dauer der Krise gefaßt machen.

England und Serbien.

Im englischen Unterhause wies am 6. d. M. der liberale Bottomley darauf hin, daß drei serbische Offiziere, die er namentlich bezeichnete, und die an dem Königsmorde beteiligt gewesen, jetzt Adjutanten König Peters seien, und richtete an den Minister des Aeußern die Anfrage, ob im Hinblick auf das Abkommen, das seinerzeit zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Serbien geführt hätte, Vorsorge getroffen sei, daß der britische Gesandte in Belgrad in seiner dienstlichen Eigenschaft nicht mit diesen Leuten in persönliche Berührung zu kommen brauche. Sir Edward Grey erwiderte, daß ihm in Bezug auf die genannten Offiziere nichts bekannt sei, und daß die Erneuerung der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens zu Serbien ihr Gutes gehabt habe. Er schlage deshalb vor, nicht unnötigerweise von neuem diese Frage zur Erörterung zu bringen.

Marokko.

Pariser Blättern wird aus Fez gemeldet, daß der englische Gesandte vom Maghzen die Zurückerstattung des an Raisuli für die Freilassung Mac Leans gezahlten Lösegeldes von 500 000 Fr. verlangt. Zwischen dem Sultan und dem englischen Gesandten sei hierüber bereits eine Verständigung erzielt, dagegen seien die Vorschläge des spanischen Gesandten, insbesondere die das Riffgebiet betreffenden, vom Sultan schroff zurückgewiesen worden.

Zur Kabinettskrisis in Portugal

wird aus Lissabon telegraphiert: Der König beauftragte nach Rücksprache mit den Parteiführern Wenceslau Lima mit der Bildung des Kabinetts.

Aus Aegypten.

Wie aus Kairo gemeldet wird, ist am 6. d. M. der Jahresbericht von Eldon Gorst, dem diplomatischen Agenten Großbritannniens, über die Finanzen und die Verwaltung Aegyptens, sowie Sudans erschienen.

Gorst stellt darin fest, daß die große Masse des ägyptischen Volkes, die sich ausschließlich mit Landwirtschaft befasse, der Politik abhold sei, und daß die Studenten heute die einzigen Nationalisten seien. Die Nationalistenpartei habe durch ihre Feindschaft mit dem Khedive sehr an Anhang verloren. Die englische Regierung beabsichtige im Einverständnis mit der intellektuellen Bevölkerungsklasse ein stufenweises Vorbereiten zur Selbstregierung Aegyptens. Die hauptsächlichsten Reformen in diesem Sinne seien gewesen: Heranziehung des ägyptischen Volkes zur Lokalverwaltung, Ernennung des neuen Ministeriums, Erhöhung der Bedeutung des gesetzgebenden Rats bei den Gesetzesvorlagen, Ersatz europäischer Regierungsbeamter durch Eingeborene, sowie systematische Entwicklung der Erziehung nach der nationalen Richtung hin. Gorst beurteilt die scharfe Sprache der eingeborenen Presse, deren falsche Berichte der Landesverwaltung schaden. Die finanzielle Lage Aegyptens hält er trotz der wirtschaftlichen Krisis für wesentlich günstiger, als in den letzten Jahren. Die finanzielle Lage des ägyptischen Sudan sei nicht zufriedenstellend. Die Hauptprobleme für die sudanesische Verwaltung seien Erhaltung der öffentlichen Ruhe und eine gesunde Finanzlage. Er empfiehlt größere Beweglichkeit der gegenwärtigen englischen Garnisonen im Sudan, Ausbreitung des Eisenbahnnetzes und die Bewässerung von Gezira. Die Bevölkerung Aegyptens betrug nach dem letzten Zensus 11 189 978 Personen.

Der Khedive, der am 1. Mai Kairo verlassen hat und am 15. Juni nach Europa geht, wird nach Konstantinopel reisen, um dem neuen Sultan zu seiner Thronbesteigung persönlich zu beglückwünschen.

Das nationalistische Blatt Lema in Kairo drückt sein Erstaunen darüber aus, daß aus Anlaß der Thronbesteigung des neuen Sultans von der ägyptischen Regierung keine offiziellen Feierlichkeiten veranstaltet worden sind.

Roosevelt gegen die Friedensapostel.

In einem in der New Yorker Zeitschrift Outlook veröffentlichten Artikel erklärt Roosevelt, Amerika sei verpflichtet, abzuwarten, ob Japan mit Erfolg die Auswanderung von Arbeitern nach Amerika verhindere. Falls kein Erfolg zu verzeichnen sei, müsse sich Amerika durch gesetzgeberische Maßnahmen schützen. Amerika sei jedoch machtlos, seine Rechte geltend zu machen, außer, wenn es fortfahre, seine Flotte auszubauen. Die wohlmeinenden, aber unverständigen Friedensapostel, welche den Ausbau der Flotte zu verhindern suchten, mißverständen die Stimmung ihrer Landsleute; Amerika würde kämpfen, ob gerüstet oder nicht. Die Friedensapostel würden darum nur verhindern, daß Amerika siegreich sei.

Kleinere politische Nachrichten.

Wie aus Rom gemeldet wird, empfing der Minister des Auswärtigen Tittoni Donnerstag nachmittag den deutschen Botschafter v. Jagow. — Aus Madrid, den 6., wird telegraphiert: Im Laufe des Ministerrats machte der Ministerpräsident Maura die Mitteilung, daß der König infolge der von der Opposition getriebenen Obstruktion gegen den Gesetzentwurf betreffend den Schiffsverkehr in spanischen Häfen, der die Kammer schon seit mehreren Monaten beschäftigt, sich genötigt sehe, von morgen ab die Kammer in Vertagung zu erklären.

Die Finanzkommission des Reichstags.

In der heutigen Vormittagssitzung wurde die Beratung des Entwurfes eines Branntweinsteuergesetzes beim sechsten Abschnitt (besondere Vorschriften) fortgesetzt. Gleich beim ersten Paragraphen (§ 103), der die Einfuhr für Branntwein aller Art einschließlich Weingeist, für Arrak, Rum, Kognak und versetzte Branntweine, sowie für Mischungen von Weingeist mit Aether und Lösungen von Aether in Weingeist mit einem Einfuhrzoll belegt, entstehe eine lebhafte Auseinandersetzung, ob die Sätze der Vorlage genügen, um die inländische Produktion vor der ausländischen Einfuhr hinreichend zu schützen und einen steuerlichen Ausgleich zu schaffen. Einem Zentrumsantrage entsprechend werden die Sätze wie folgt erhöht: 1. für Fässer, a) Likör auf 400 ℳ, b) anderen Branntwein 300 ℳ, 2. in anderen Behältnissen auf 500 ℳ für 1 Dz.tr. Zum Schutze der inländischen Produktion von Parfümerieen und kosmetischen Mitteln wird noch auf nationalliberale Anregung folgender Zusatz angenommen: „Der Eingangszoll beträgt: für Aether aller Art, einfache und zusammengesetzte, auch Kognaköl (Weinbeeröl) 1. in Fässern 300 ℳ, 2. in anderen Behältnissen 500 ℳ, für äther- oder weingeisthaltige Riechmittel (Parfümerieen) und Schönheitsmittel (kosmetische Mittel, z. B. Haarfärbemittel, sowie Haut- und andere Verschönerungsmittel); äther- oder weingeisthaltige Kopf-, Mund- und Zahnwässer; wohlriechende oder zur Verbreitung von Wohlgeruch dienende äther- oder weingeisthaltige Ausgüsse (Essenzen, Extrakte, Tinkturen) und Wasser; wohlriechenden Essig 600 ℳ für den Doppelzentner."

§ 104 regelt den Handel mit Branntwein, indem er den Bundesrat zur Anordnung ermächtigt, daß der Trinkbranntwein nur in Behältnissen feilgehalten werden darf, die eine Angabe darüber aufweisen, wieviel Hundertteile Alkohol er mindestens enthält. Vom Freisinn wird dies als Verkehrsbeschränkung empfunden und daher Streichung des Artikels oder eine Milderung beantragt, während Nationalliberale, Konservative und Zentrumsanträge noch eine Verschärfung und genauere Präzisierung der Bestimmungen wünschen.

Nach längerer Debatte über die Güte verschiedener Branntweine, besonders Likörsorten, wird folgende Fassung angenommen: „Trinkbranntwein darf nur in Behältnissen feilgehalten werden, die eine Angabe darüber aufweisen, wieviel Hundertteile Alkohol er mindestens enthalte. Der Bundesrat ist befugt, Ausnahmen zuzulassen."

Darauf wird die Sitzung auf Nachmittag 3 Uhr vertagt.

Hof- und Personalnachrichten.

Das Kaiserpaar auf Korfu.

* Bei Ihren Kaiserlichen Majestäten erschienen gestern der König und die Königin von Griechenland, ferner Prinzessin Andreas und Prinz Christoph. Später machten die Majestäten einen Spaziergang. — Das Wetter war schön. — Nach der Abendtafel im Achilleion machten Ihre Majestäten nochmals einen Besuch beim König im Stadtschloß. Die Stadt, der Hafen und die deutschen und griechischen Kriegsschiffe hatten illuminiert. Heute morgen unternahmen die Majestäten einen Spaziergang.

** Die gestrige Morgenausgabe des Berliner Lokal-Anzeigers enthielt in einem „Fürst Bülow und die Krise" überschriebenen Artikel folgenden Satz: „Die Regierung hat seine Angewiesen gesagt, Fehler in der Methode bei der Werbetätigkeit für das Mes-muerk nach Möglichkeit gutzumachen und so z. B. denjenigen Geheimrat, dessen Uebereifer in der Agitation für die Finanzreform an machen Stellen Anstoß erregte, aus dem Reichsschatzamt wieder zu entfernen."

Diese Angaben entbehren in keiner Hinsicht des Tatsachen. Der Wirkliche Admiralitätsrat Prof. Dr. v. Holle ist auf seinen aus eigener Initiative hervorgegangenen Antrag und unter ausdrücklicher Anerkennung seiner Leistungen von der kommissarischen Tätigkeit als Vorstand des Volkswirtschaftlichen Bureaus im Reichsschatzamt entbunden worden, nachdem er die ihm obliegenden Aufgaben gelöst hatte.

** Der dänische Gesandte v. Hegermann-Lindencrone ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

* Das fünfzigjährige Dienstjubiläum des Kaiserlichen Statthalters von Elsaß-Lothringen, Generals der Kavallerie Grafen v. Wedel, fällt, wie die Straßb. Post sich berichtigt, auf den 8. Mai d. J.

* Der neuernannte Kommandeur der 12. Infanteriebrigade in Brandenburg a. H., Generalmajor Heinrich Wilcke, ist am 24. Mai 1852 in Allenburgen (Walbeck) geboren und am 2. August 1870 in das Infanterieregiment Nr. 23 (Kleve) eingetreten, bei dem er sich im Kriege das Eiserne Kreuz 2. Klasse erwarb und am 2. Januar 1871 zum Leutnant ernannt wurde. 1875 war er zur Zentralturnanstalt kommandiert, rückte 1880 zum Oberleutnant auf und, nachdem er von 1883 bis 1886 zur Gewehrprüfungskommission kommandiert gewesen war, 1887 zum Hauptmann und Kompagniechef in Rheine auf und wurde am 27. Januar 1896 zum Major befördert. Im folgenden Jahre wurde er Bataillonskommandeur im Infanterieregiment Nr. 85 (Mendsburg), 1902 Oberstleutnant im Grenadierregiments Nr. 84 (Schleswig), und vom 22. April 1905 bis 1908 war er Oberst und Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 155 in Ostrowo.

* Der Generalleutnant z. D. v. Jena, Rechtsritter des Johanniterordens, ist in Naumburg a. S. nach langen schweren Leiden im 88. Lebensjahre gestorben. Eduard v. Jena war am 4. September 1826 in Rietlitzel, im Kreise Ost-Prignitz, geboren und begann seine militärische Laufbahn am 1. Oktober 1844 als Füsilier im 32. Infanterieregiment, in dem er am 9. März 1850 Leutnant wurde. Im Juni des Jahres darauf wurde er, so erinnert die Kreuzzeitung, ins Garde-Jägerbataillon versetzt, war 1856 ein halbes Jahr lang zum 1. Garde-Ulanenregiment kommandiert und rückte am 31. Mai 1859 zum Premierleutnant auf. Im Januar 1860 erhielt er die Erlaubnis zur Betwohnung des Feldzuges in Marokko und wurde am 1. Juli desselben Jahres zum 2. Garderegiment z. F. versetzt. Am 22. März 1863 wurde er Hauptmann und Kompagniechef und kam im April 1863 zum Generalstab des 6. Armeekorps, im Dezember 1864 zu der 13. Division. Der 30. Oktober 1866 brachte ihm die Beförderung zum Major. Als solcher wurde er im Dezember desselben Jahres zur Rekognoszierung militärischer Verhältnisse nach Algerien und Tunis kommandiert. Nach diesem Kommando wurde Major v. Jena 1867 Kommandeur des Füsilierbataillons des Infanterieregiments Nr. 20. Im deutsch-französischen Kriege erwarb er sich an der Spitze des Jägerbataillons Nr. 3 das Eiserne Kreuz. Als Oberst (2. September 1875) wurde er am 9. Juni 1874 Kommandeur des Grenadierregiments Nr. 12, das er schon seit Februar geführt hatte. Oberst v. Jena erhielt am 3. Februar 1880 als Generalmajor die 21. Infanteriebrigade und wurde im Oktober 1884 zu den Offizieren der Armee versetzt und zur Betreibung des Kommandeurs der 4. Division kommandiert. Am 1. April 1885 erfolgte seine Beförderung zum Generalleutnant, und am 15. April 1886 wurde er in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt.

Zur Reichsfinanzreform.

* Aus Merseburg erhielt der Reichskanzler Fürst von Bülow nachstehenden Versammlungsbeschluß mit dem Ausdruck des Wunsches einer baldigen finanziellen Gesundung des Vaterlandes:

„Die dritte Ortsgruppe des Patriotischen Vereins für den Kreis Merseburg hat in ihrer Versammlung vom 27. April 1909 folgende Kundgebung einstimmig beschlossen: 1. Es ist dringend geboten, die schwebende Umgestaltung des Reichsfinanzwesens bald zum Abschluß zu bringen. — 2. Der Finanzbedarf von 500 Mill. Mark ist durch Besteuerung entbehrlicher Gegenstände aufzubringen, daneben auch durch Erbschaftssteuer in der Erbschaft besonders der Erbanfälle an Abkömmlinge und kinderlose Ehegatten. — 3. Bei der Besteuerung der Erbschaften sind nicht nur die landwirtschaftlichen, sondern auch die gewerblichen Betriebe ihrer Eigenart entsprechend schonend zu behandeln, wie dies der Entwurf des Nachlaßsteuergesetzes für die Landwirtschaft vorsieht. — 4. Der Schuldenwirtschaft muß ein Ende zu bereiten, und die bestehenden Schulden sollen planmäßig abgetragen werden. — 5. Wir sind bereit, die neuen Steuern zu unserem Teil zu tragen, und wir hoffen, daß mit uns jeder Deutsche, wie die Besitzschrift, so auch die Steuerpflicht als nationale Ehrensache auffassen werde."

* * *

Die Resolution zur Reichsfinanzreform, die am 25. April auf der großen rheinischen Volksversammlung zu Köln angenommen wurde, lautete:

1. Die Reform der Reichsfinanzen, derart, daß das Reich seine dauernden Ausgaben durch regelmäßige eigene Einnahmen deckt, ist eine Lebensfrage der Nation. — 2. Das deutsche Volk verlangt, daß keine Partei die Zustimmung zu einer solchen Reform von einer Mehrung ihres politischen Einflusses oder von Zugeständnissen an ihre politische Richtung abhängig macht. — 3. Die zu der Reform notwendigen Steuern zu tragen, ist Ehrenpflicht jedes Standes und Berufs. Wenn das Volk in seiner Gesamtheit Erhöhungen indirekter Steuern zum Wohle des Ganzen opferbereit auf sich nimmt, muß sich auch der Besitz der Grundlage wie Kapital — in gerechtem Ausgleich der Anspannung der Leistungsfähigkeit auf alle Schen willig unterwerfen. Sie ist nicht nur gerecht, sondern will zudem lediglich den größeren Grundbesitz treffen und diesem noch bedeutende Erleichterungen gewähren. Die neu vor-